Zweiter Abschnitt.

Zustand der Gerichts-Verfassung von dem Zeitpunkt des Wiederauflebens der königlichen Macht bis zur vollständigen Einrichtung des Parlaments von Paris.

Wir haben im Vorigen die Ursachen näher erklärt, wodurch fast alle Macht, insbesondere die Gerichtsbarkeit, aus den Händen der Könige in die der Vasallen überging. Reden wir jetzt auch von den Mitteln, wodurch es den Königen gelang, sich allmählig wieder in den Besitz der Rechte zu setzen, die sie nie hätten verlieren sollen. Eines der wirksamsten war die Gründung der Gemeinen und Bürgerschaften, welche die Könige, seitdem einmal Ludwig der Sechste, genannt der Dicke, (reg. von 1108—1137) das Beispiel gegeben, auf das Höchste begünstigten. Im Anfang des zwölften Jahrhunderts (bei dem Regierungsantritt Ludwigs des Dicken), war Frankreich, ohne allen Schutz von Seiten seiner Könige, ganz der Willkühr der kleinen Herrn (seigneurs) oder vielmehr Tyrannen preißgegeben. Die Landbewohner, über weit ausgedehnte Strecken zerstreut, ohne alle Mittel sich zu vereinigen, hatten jede Hoffnung jemals ihre Ketten zu brechen, selbst das Gefühl ihrer Erniedrigung, verloren. Allein die Bewohner der Städte, stark durch ihre Vereinigung wie durch die Reichthümer, welche ihr Gewerbfleiß ihnen gab, entschlossen sich endlich, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Noyon gab das erste Beispiel, welchem Laon *) (i. J. 1110) und Beauvais bald folgten. Demselben

*) In Laon fielen deshalb große Unordnungen vor. Der Bischof, ein harter, herrschsüchtiger Mann, widersetzte sich

gemäß bildeten sich mehrere Städte zu geschlossenen Körperschaften, errichteten aus ihren Mitbürgern eine bewaffnete Macht, und wählten sich Munizipalbeamte, die sowohl die richterliche Gewalt im Frieden, als den Oberbefehl im Krieg haben sollten. Dieses hatte zwar im Anfang ganz den Character einer Empörung (die gleichzeitigen Schriftsteller nennen es turbulenta conjuratio), und konnte nur durch die Einwilligung der Lehnsherrn ein gesetzliches Ansehen erhalten. Allein diese, obschon sie ihre Zustimmung nicht geben wollten, wagten dennoch auch nicht, sie zu verweigern, und wählten endlich das Aushilfsmittel, sie zu verkaufen. In den Urkunden, welche sie hierüber ertheilten, und die Gemeinde-Briefe (Chartes de commune) hießen, findet man in Hinsicht einiger Nebenpunkte einige Verschiedenheiten. Allein alle kommen in folgenden Punkten überein. Sie enthalten

1) Befreiung von jeder persönlichen Dienstbarkeit.

---

der Errichtung der Gemeinde, aus allen Kräften. Endlich gelang es in seiner Abwesenheit, die Geistlichkeit und den Adel durch Geld zu gewinnen. Bei seiner Zurückkunft war er aufs Aeußerste aufgebracht, ließ sich aber auch durch Geld beschwichtigen. Sehr bald bereute er dieses wieder, und die Gemeinde ward mit Hülfe des Adels und einer Menge Bewaffneter, die der Bischof von seinen Gütern kommen ließ, wieder aufgelöst. Die Bürger, in Verzweiflung darüber, griffen zu den Waffen. Der Bischof ward besiegt, gefangen und in Stücke gerissen. Die Anarchie erreichte den höchsten Grad. Die Stadt ward fast gänzlich zerstört und von ihren Einwohnern verlassen. Erst nach 16 Jahren ward die Gemeinde von Laon wieder hergestellt. Ordonnances du Louvre, préface du tom. XI. — Mögen Diejenigen, die in unsern Zeiten durch Anpreisung des Mittelalters so viele Geister verwirrt, aus diesem Beispiel, dem sich unzählig viele andere beifügen liessen, lernen, daß die nach ihrer Meinung gleichsam aus dem Innersten der menschlichen Natur, oder gar von Gott selbst ausgegangenen Institutionen des Mittelalters, bei ihrer ersten Gründung eben viele Unordnungen veranlaßt, und eben viel Blut gekostet haben, als manche gewiß viel bessere und verständigere, die wir in unsern Tagen haben aufkommen gesehen.

2) Beschränkung der willkührlichen Auflagen auf eine bestimmte Summe.

3) Außer einer Menge gesetzlicher Bestimmungen allezeit auch die, daß die Bürger nur ihre Pairs d. h. von ihnen selbst gewählte Beamten, zu Richtern haben sollen.

4) Die Befugniß, daß die Bürger sich unter Anführung ihrer Beamten bewaffnen, und die Gemeinde so wie ihre Vorrechte, sowohl gegen ihre Nachbarn als auch gegen die Lehnsherrn selbst, vertheidigen dürfen.

Die Gründung dieser Gemeinden, erhöhte die königliche Macht in doppelter Hinsicht. Durch die Beschränkung der willkührlichen Auflagen, so wie auch durch die Aufhebnng der persönlichen Dienstbarkeit, ward der Ertrag der Lehen vermindert. Nun war es aber in der Rechtslehre der Lehen eine durchaus feststehende Regel, daß kein Vasall ohne besondere Ermächtigung aller Lehnsherrn, von welchen er abhing, den Ertrag seines Lehns schmälern dürfe. Man mußte also, indem man so stufenweise von jedem Lehnsträger zu seinem unmittelbaren Lehnsherrn fortging, sich endlich an den König, als obersten Lehnsherrn aller Lehen des Reichs (seigneur suzerain de tous les fiefs du royaume) wenden. Hierdurch wurden alle After-Vasallen wieder an den König, als die eigentliche Quelle, wovon alle ihre Rechte auf den Besitz der Lehen ausflossen, erinnert. Doch noch Mehr. Da in der Person des Königs die Oberlehnsherrlichkeit mit der Landesherrlichkeit (la suzeraineté avec la souveraineté) vereinigt war, so fing man endlich an, beides miteinander zu verwechseln. Man betrachtete die königliche Einwilligung nicht allein als eine Handlung, die von der Oberlehnsgewalt ausgegangen, sondern als eine von dem König übernommene Verpflichtung, die Freiheiten der Gemeinden zu vertheidigen. So entstand im Anfang des zwölften Jahrhunderts ein stillschweigendes Bündniß zwischen den Königen und ihren Unterthanen gegen die Anmaßungen der Lehnsherrschaft, *)

*) Es gibt in der Geschichte des Mittelalters nicht leicht einen Gegenstand, der anziehender und zugleich belehrender

wodurch, im Lauf mehrerer Jahrhunderte, letztere gänzlich gebrochen ward.

Nachdem die Städte das Recht erworben hatten, ihre Streitigkeiten durch ihre eigenen Beamten entscheiden zu lassen, so entstand nun die Frage, von welcher Natur eigentlich diese neue Gerichtsbarkeit sey. Da sie offenbar aus einer Zersplitterung der Lehnsgerichtsbarkeit entstanden war, so konnte man wohl behaupten, daß diese neuen Richter ihr Amt, nur unter der ehemaligen Abhängigkeit von den Lehnsherrn und nach deren Verordnungen, ausüben könnten; wodurch offenbar die den Gemeinden bewilligten Vortheile, fast gänzlich vereitelt worden wären. Die Vertheidiger der Rechte der Krone wendeten dagegen ein, daß die Verleihung der Gerichtsbarkeit offenbar nur von der Oberlandesherrlichkeit ausgehen könne, daß folglich das Recht diese Gerichtsbarkeit auszuüben nicht in den Befreiungsbriefen der Lehnsherrn, sondern in der königlichen Bestätigung gegründet sey. Diese Gründe, an und für sich schon sehr wichtig, fanden zu einer Zeit, wo Alles das Joch der Lehnsherrschaft abzuschütteln strebte, um so leichter Gehör. Als nun endlich in dem ganzen Gebiet von Frankreich die Lehnsherrschaft vor der Macht der Krone wich,*) so ward es als all-

---

wäre, als die allmählige Entstehung der Städte und ihrer Privilegien, in den verschiedenen Ländern Europa's. Wir würden uns indessen weit von unserm Ziel entfernen, wenn wir es versuchten, auch nur einen Hauptumriß dieses weitläufigen Gegenstandes zu geben. Wir begnügen uns daher, den Leser auf das vortreffliche Werk von Robertson history of the reign of Charles V. introduct. not. XV—XIX., so wie auf die unten näher anzuführenden Schriftsteller zu verweisen.

*) Den Königen von Frankreich gab, in ihren Unternehmungen zur Demüthigung ihrer Vasallen und Erhöhung ihrer Macht, die früh eingeführte Erblichkeit und Untheilbarkeit des Reichs, die unter dem Dritten Königsgeschlecht von Anfang an Statt fand, ein sehr großes Uebergewicht. Sie hatten hierin einen außerordentlichen Vortheil vor den deutschen Kaisern. Eben dadurch gelang es ihnen, nach und nach alle großen Reichslehen mit der Krone zu vereinigen. Das letzte, welches übrig blieb, war Bretagne, welches

gemein gültiger Grundsatz angenommen, daß diese Municipal-Beamten die Gerechtigkeit nur im Namen, und nach den Verordnungen des Königs ausüben könnten.

Neben den jetzt genannten Städten, die man Gemeinden (communes), Municipal-Städte, Gesetzes-Städte (villes de lois), Städte mit Bürgermeister und Scheffen-Stuhl (villes en mairie ou échevinage) nannte, *) entstand noch eine andere Gattung von Städten, welche man Bürgerschaften (bourgeoisies ou avoueries) nannte. Statt daß die Freiheit der erstern sich auf Urkunden, die sie ihren Tyrannen entpreßt hatten, gründete, verdankten die letztern dieselbe dem Wohlwollen ihrer Könige. Ludwig der Sechste gab, wie schon erinnert worden, das erste Beispiel. Zuerst wurden die Municipien, d. h. die Städte, welche unter den Römern das Recht gehabt hatten sich selbst zu regieren, wieder hergestellt. Diese, nur in geringer Zahl, wurden bald mit den Gemeinden verwechselt. Die andern Städte, Präfekturstädte (villes préfectoriales, praefecturae) genannt, weil sie unter den Römern durch Präfekte, deren Wahl von Jenen abhing, regiert wurden, waren fast bis zu demselben Grad von Erniedrigung, wie die Landbewohner, herabgesunken. Auch alle Städte dieser Art, die unter der Herrschaft des Königs standen, **) erhielten, wenn sie es verlangten, von Ludwig dem Sechsten und dessen Nachfolgern, Befreiungsbriefe. Ja, es wurden deren sogar einigen Städten angeboten, ohne daß sie es begehrten. Diese, von den Königen bewilligten Befreiungsbriefe, die man Bürgerschafts-Briefe (chartes de bourgeoisie) nannte, wichen in einigen

---

i. J. 1491 durch die Heirath von Carl dem Achten mit Anna, Erbin von Bretagne, an die Krone Frankreich kam.

*) Im Gegensatz gegen die Vogteistädte (villes en prévotés), wo die Vögte des Königs oder der Lehnsherrn Recht sprachen.

**) Man muß sich nämlich aus dem ersten Abschnitt erinnern, daß Frankreich damals noch in pays de l'obeissance le roi et hors l'obeissance le roi getheilt war.

nicht unwesentlichen Punkten von denjenigen, welche den Gemeinden bewilligt wurden, ab.

1) Durch die letztern wurden die Gemeindestädte eine besondere politische Körperschaft, welche gleichsam das Recht von Krieg und Frieden hatten. Nichts dergleichen findet sich in den Bürgerschafts-Briefen.

2) In den Gemeindestädten hing die Wahl der richterlichen Beamten von den Einwohnern ab, wogegen dieselben in den Städten der zweiten Art, vom König gewählt wurden. *)

Uebrigens sind die Stiftungs-Urkunden der Gemeinden und Bürgerschaften sich ganz gleich. Man findet in den letztern dieselbe Vereinigung der Einwohner zu einer Körperschaft, dieselbe Beschränkung der willkührlichen Auflagen auf eine bestimmte Summe, dieselbe Befugniß Municipalbeamte zu wählen aber nur um das Vermögen der Gemeinde zu verwalten und ihr Wohl zu fördern, nicht um ihre Streitigkeiten zu entscheiden, und die Verbrecher zu bestrafen. **) Kaum war der Name Freiheit in den Ohren der Menschen erschollen, so brachte er, wie fast immer, eine magische Wirkung hervor. Die Unterdrückten, welche bis hierhin nur das Gewicht ihrer Ketten gefühlt hatten, fingen an, das Schimpfliche derselben zu erkennen. Alle, welche nicht an die Scholle gefesselt waren, (glebae

*) Uebrigens waren in den letzten Zeiten vor 1789, nachdem besonders seit Richelieu's Verwaltung die königliche Macht sich Alles ohne Ausnahme unterworfen, die Gemeinden meistens nicht mehr im Besitz dieser Rechte. Sie durften weder Truppen halten, noch außerordentliche Abgaben ausschreiben. Auch übten sie keine Gerichtsbarkeit mehr aus, sondern hatten nur hin und wieder einen Theil der Polizei.

**) Ueber die Entstehung der Gemeinden sehe man Chopin du dom. liv. III. tit. 20. pr. 5. La Thaumassière sur les coutumes locales de Berri chap. 19., Du-Cange verb. communantia; les auteurs de la préface de la bibliotheque des coutumes; hist. eccles. de Fleury liv. 66., le président Henault à la fin de son abregé de l'hist. de France.

adscripti), verließen ihre Heimath, und schlugen ihre Wohnung in den königlichen Städten auf. Zu einer solchen Wohnungs-Veränderung war Nichts nöthig, als daß man darüber sowohl bei dem Herrn, dessen Gebiet man verließ, als bei dem königlichen Beamten der Stadt, wo man sich niederlassen wollte, eine Erklärung abgab. Die Lehnsherrn, um die ihnen drohende Gefahr abzuwenden, fingen ebenfalls an, solche Bürgerschafts-Briefe zu geben. Allein sie flößten nicht viel Zutrauen ein, und die Auswanderungen nach den königlichen Städten dauerten fort. Nur Ein Hinderniß beschränkte dieselben. Nämlich um Bürger einer königlichen Stadt zu seyn, mußte man darin seinen wirklichen und gewöhnlichen Wohnsitz haben, also alle seine Verbindungen, sein Eigenthum u. s. f. verlassen. Allein bei dem täglichen Steigen der Macht der Krone, bildete sich bald ein Gerichtsgebrauch, nach welchem man sich von dem Gerichtszwang eines Lehnsherrn schon dadurch befreien konnte, daß man sich förmlich von ihm lossagte, und sich für einen Bürger des Königs erklärte. Man unterschied daher damals mehrere Arten von Bürgerschafts-Rechten, das dingliche und blos Persönliche, das Königliche und Lehnsherrliche. Eben so gab es mehrere Arten von Bürgern, Bürger innerhalb und außerhalb der Mauern, Bürger, die es durch ihre Wohnung und solche, die es blos durch Erklärung waren, (bourgeois par résidence, et bourgeois par aveu ou avouerie.)

Durch diese letztere Art, das Bürgerrecht in den königlichen Städten zu erwerben, ward die Macht der Lehnsherrn in ihren tiefsten Grundfesten erschüttert. Sie erhoben deshalb allgemeine Klagen. Philipp der Schöne (reg. v. J. 1285—1314) schaffte, um sie zu beruhigen, diese Art, das Bürgerrecht zu erwerben, zwar nicht ab, unterwarf sie aber doch gewissen Beschränkungen. Seine Verordnung hierüber ist v. J. 1287. Nach dem ersten Artikel derselben mußte Einer, um das Bürgerrecht in einer Stadt zu erhalten, darin ein Haus von wenigstens 60 Pariser Stüber (sous Parisis) *) Werth kaufen. Nach dem dritten

*) Ungefähr 17 berl. Thaler, wie aus dem, was im fünften Abschnitt über das französ. Münzwesen gesagt ist, näher erhellen wird.

Artikel mußte er oder seine Frau wenigstens von dem Vorabend von Allerheiligen bis zu dem von Johannis wirklich in der Stadt wohnen, und zwar ohne sich zu entfernen, es sey denn wegen Geschäften, Vollziehung einer Heirath, Krankheit, Pilgerschaft oder einer andern ähnlichen Ursache. Der vierte Artikel erlaubte sowohl dem Mann als der Frau, vom Vorabend von Johannis bis zu dem von Allerheiligen hinzugehen, wohin sie wollten, wenn es wegen der Frucht- oder Heuerndte, oder Weinlese u. s. f. nöthig war. Die Verordnung selbst bot also eine Menge Hilfsmittel, sie zu umgehen, dar.

Durch diese Gründung der Gemeinden und Bürgerschaften, wird die Geschichte des Dritten Königs-Geschlechts in zwei sehr ungleiche Abschnitte getheilt. So wie in dem Ersten die Rechte des Throns und des Volks von den kleinen Tyrannen unterdrückt wurden, so gelang es im Zweiten den Königen, die Herrschaft im vollesten Maaße an sich zu ziehen, und zwar, ohne daß darum dem Volk der ihm gebührende Antheil zugefallen wäre.

Von einem noch weit größern Einfluß, um die Könige wieder in den Besitz der obersten Gerichtsbarkeit zu setzen, waren die Veränderungen, welche Ludwig der Neunte, mit dem Zunamen der Heilige (reg. v. J. 1226—1270) in der französischen Gerichts-Verfassung machte. Durch seine Verordnung *) vom J. 1260 schaffte er den gerichtlichen Zweikampf in den ihm unmittelbar unterworfenen Theilen des Reichs in allen Sachen (en toute querelle) gänzlich ab. Späterhin erließ derselbe Fürst noch mehrere Verordnungen, die noch jetzt unter dem Namen: Verordnungen oder Bestimmungen Ludwigs des H. (établissemens de St. Louis) bekannt **) sind. Der König

*) Ordonnances de Louvre tom. I. Auch in den sogleich anzuführenden établissem. dieses Fürsten heißt es liv. I. chap. 2. „Nons deffendons les batailles par tout nostre demaine (domaine) en toutes querelles . . . . . et en lieu des batailles, nous mettons preuves des tesmoins, et des chartres etc.“

**) Du-Cange gab diese établissemens im Jahr 1658 als Zusatz zu der Geschichte Ludwigs des H. von Joinville, zuerst heraus. Sie führen bei ihm den Titel: Les éta-

wiederholt darin nicht allein das früher verordnete, *) sondern er schreibt bestimmte Regeln und Formen für das neue gericht-

blissemens de St. Lovys, Roy de France, selon l'usage de Paris, et d'Orleans et de court de baronie. In der Bibliothek von D'Aguesseau fand sich nach dessen Tod ein Manuscript dieser établissemens, das den Titel hatte: ci commence li établissemens le roy de France selon l'usage de Paris et d'Orleans et de Touraine et d'Anjou et de l'office de chevalerie et court de baron. Du-Cange sagt in seiner Vorrede, er halte die von ihm herausgegebenen établissemens für dieselben, die Beaumanoir unter dem Titel: établissemens le roi anführt. Auf dem Rathhaus zu Amiens fand sich ein Manuscript derselben, welches den Titel hatte: Les établissemens de France confirmés en plein parlement par les barons du royaume. Du-Cange und mehrere andere Gelehrte halten indessen diesen Titel für einen Zusatz des Abschreibers; indem die établissemens nie von den Baronen oder im Parlament bestätigt worden seyen. Sie sind in zwei Bücher, und jedes derselben ist in Kapitel abgetheilt. Sie enthalten Bestimmungen über fast alle Gegenstände des Civilrechts, über die Lehen, die Polizei; kurz, sie können als ein allgemeines Gesetzbuch, worin besonders vieles aus dem römischen Recht aufgenommen ist, angesehen werden. Montesquieu glaubt (espr. des loix. liv. 28. chap. 37—38), das jetzt unter dem Namen établissemens noch übrige Gesetzbuch, sei nicht unmittelbar von Ludwig dem H. verfaßt worden, sondern es sey eine später von irgend einem Amtmann (bailli) veranstaltete Sammlung der Gesetze dieses Königs, mit vielen Zusätzen. Nach den Manuscripten sind die établissemens im J. 1270 verfaßt, woraus, da Ludwig der H. im J. 1269 zu einem Kreuzzuge aus Frankreich abgereist, und 1270 in Tunis gestorben ist, Montesquieu noch einen neuen Grund für seine Vermuthung herleitet. Uebrigens haben dieselben sehr bald nach ihrem Erscheinen, wenn auch nicht als allgemeine, doch als vom König ausgegangene und auf dessen Domainen ohne Widerrede Kraft habende Gesetze gegolten, worauf sich nicht allein Beaumanoir in seinem Werk, sondern auch mehrere nachfolgende Fürsten (z. B. Philipp der Schöne) in ihren Verordnungen beziehen.

*) établiss. liv. I. chap. 2 et 7.

liche Verfahren vor. *) Allein, was für die Erhöhung des königlichen Ansehens noch weit wichtiger war, er verordnete, daß, wenn das Urtheil der Pairs als falsch angegriffen würde, die Sache nicht durch den Zweikampf ausgemacht, sondern vor das Gericht des höhern Lehnsherrn gebracht, und dort ebenfalls nicht durch den Zweikampf, sondern nach den innern Gründen der Sache entschieden werden sollte. **) Diese Verordnungen hatten indessen, wie alle königlichen Befehle, nur in den, dem König unmittelbar gehorchenden Provinzen (pays de l'obeissance le roi) Gesetzeskraft; und es stand in der Willkühr der Barone, sie auf ihren Lehngütern zu befolgen oder nicht. Wenn die Könige Gesetze geben wollten, die im ganzen Reich bindende Kraft hätten, so blieb Ihnen, wie schon erinnert worden, Nichts übrig, als dieselben mit Einstimmung wenigstens der mächtigern Barone zu geben. Gewöhnlich ward dieses auch in einem solchen Gesetz ausdrücklich bemerkt. Zuweilen verpflichteten sich die Barone darin noch ausdrücklich, den Inhalt des Gesetzes selbst zu befolgen und allenthalben befolgen zu lassen. Einige haben geglaubt, die Verordnungen Ludwigs des H. über die Abschaffung des gerichtlichen Zweikampfs, seyen ebenfalls mit Zustimmung der Barone erlassen, und haben daher durch ganz Frankreich sogleich bindende Kraft gehabt. Sie berufen sich dabei auf das Wort établissemens, worunter man vorzugsweise solche, im ganzen Königreich gültigen und mit Einstimmung der Barone erlassenen Gesetze verstanden habe. Allein diesem widerspricht fürs erste das Zeugniß des Beaumanoir, welcher (chap. 61.) bestimmt sagt, daß (zu seiner Zeit)

*) ibid. liv. I. chap. 1, 2 et 3; liv. II. chap. 10 et 11 etc.

**) Etablissem. liv. I. chap. 6. „Se aucuns veut fausser jugement en païs là ou faussement de jugement affiert, il n'i aura point de bataille; més li cleim, li respons, et li autre errement du plet, seront rapportés en nostre cour, et selon les erremens du plet l'en fera tenir, ou depiécer les erremens du plet, tôt le jugement: et cil qui sera treuvé en son tort l'amendera par la coustume du pais, et de la terre; et se la défaute est prouvée, li sires qui est apelés il perdra ce qu'il devra par la coustume du païs et de la terre."

auf zweierlei Art, Recht gesprochen werde, nämlich bald nach den établissemens le roi, bald nach der alten Gewohnheit, daß es den Baronen frei stehe, die eine oder andere Art zu befolgen, daß insbesondere der Graf von Clermont (Robert, ein Sohn Ludwigs d. H.) die neue Art befolgte, daß aber dessen Aftervasallen sich an der alten Sitte hielten. Zweitens läßt aber auch der Text *) der Verordnungen, welche den gerichtlichen Zweikampf nur auf den königl. Krongütern verbieten, darüber keinen Zweifel übrig. Anders, als mit den Urtheilen erster Instanz, verhielt es sich indessen mit der Appellation. Wenn nämlich derjenige, der ein Urtheil verwarf, den Lehnsherrn selbst anklagte, so ward die Sache vor das Gericht des Oberlehnsherrn gebracht. War also dieser Oberlehnsherr der König selbst, so ging die Appellation an ihn, und er war es, der das Gericht und die Formen desselben anordnete. Diejenigen Barone also, welche unmittelbare Vasallen des Königs waren, — und dieses waren gewiß die Mächtigsten von Allen — konnten in solchen Fällen nicht umhin, sich den durch die Verordnungen Ludwigs des H. festgesetzten Formen zu unterwerfen. Sie werden also, um ihren Vasallen keinen Vorzug vor sich einzuräumen, in den Fällen, wo von diesen an sie selbst appellirt ward, dieselben gewiß den nämlichen Formen unter-

*) In der Vorrede zu den établissem., welche im Namen des Königs ausgefertigt ist, heißt es zwar, daß dieselben in ganz Frankreich beobachtet werden sollen. (Loeys, Roys de France par la grace de dieu etc. . . . . avons ordené ces establissemens selon lesquiex nous volons que l'en (l'on) use es cours laies par tout le reaume et la seigneurie de France"). Allein aus sehr vielen Stellen geht auf das deutlichste hervor, daß hier unter „tout le reaume" nur alle Provinzen, die unter dem Gehorsam des Königs standen, zu verstehen sind. So heißt es z. B., um nur eine Stelle anzuführen, établiss. liv. II. chap. 11. über die Untersuchung und Bestrafung des Mords (murtre) „et li doit la justice denoncier la peine qui est dite dessus se ce est en l'obeissance le Roy, et se ce est hors de l'obeissance le Roy, gage bataille." Offenbar erstreckt sich also das Verbot des gerichtlichen Zweikampfs liv. I. chap. 2. nicht auf die den Vasallen unterworfenen Landestheile.

worfen haben. Diese Fälle, wo gegen den Lehnsherrn selbst angegangen ward, häuften sich seit den Verordnungen Ludwigs des H. in hohem Maß, indem man dadurch die Gefahr des Zweikampfs vermied. Ueberdem kam (wahrscheinlich ebenfalls durch die Verordnungen Ludwigs des H.) eine neue Art gegen ein Urtheil anzugehen auf, wobei die Ehre der Richter nicht angegriffen ward, und welches man fausser sans vilain cas (appelliren ohne die Richter für schlecht zu erklären) nannte. *) Es ward nun allgemeine Sitte, daß alle Appellationen der letztern Art nicht durch den Zweikampf, sondern nach den innern Gründen der Sache entschieden wurden. Ueberhaupt that, was die königlichen Befehle nicht bewirkten, die Vernunft selbst, so daß wenigstens der unsinnige Gebrauch die Richter selbst zum Kampf zu fordern, nach und nach aus den französ. Gerichten verdrängt ward, um nie wiederzukehren. Nicht so entscheidend war die Wirkung der Gesetzgebung Ludwigs des H., in Beziehung auf den gerichtlichen Zweikampf überhaupt (zwischen den Partheien). Diese Gewohnheit war in den Sitten der Nation zu tief eingewurzelt, und vorzüglich sah der Adel **) dieselbe als Eines seiner schönsten Vorrechte an, so daß die Nachfolger Ludwigs des H. noch viele Verordnungen dagegen geben muß-

*) „Il sont deux manières de fausser jugement desqueles li un des apiaux se doit demener par gages (de bataille), si est quant l'en l'ajoute avec l'apel vilain cas; l'autre se doit demener par erremens seurquoi li jugemens fu fes.“ Beauman. chap. 67. (Es gibt zwei Arten ein Urtheil zu verwerfen [fausser]; von welchen Appellationen [apiaux] Eine durch den Zweikampf [durch Fehde-Pfänder] ausgeführt werden muß. Dieses ist der Fall, wenn man zu der Appellation die Beschimpfung [der Richter] hinzugefügt. Die andere wird durch gerichtliche Verhandlungen [erremens, vid. Du-Cange ad. voc. erramentum] über das geführt, worüber das Urtheil gesprochen worden).

**) Mit dem gerichtlichen Zweikampf sehr nahe verwandt, waren die Privat-Kriege. Auch diese Sitte, noch viel verderblicher als der gerichtliche Zweikampf, erhielt sich sehr lange. Wir wollen, um hier die Folge nicht zu unterbrechen, im Anhang zu diesem Abschnitt Einiges davon sagen.

ten, und noch Jahrhunderte verflossen, ehe sie gänzlich verbannt war. Insbesondere verbot Philip der Schöne (ein Enkel Ludwigs des H.) im J. 1303 den gerichtlichen Zweikampf in allen Arten von Sachen. Allein schon im J. 1306 sah er, wie aus der, im Anhang mitgetheilten Verordnung desselben erhellt, sich genöthigt, sein früheres Verbot zum Theil zurückzunehmen. Er beschränkte in der letzten Verordnung den Gebrauch des gerichtlichen Zweikampfs auf Criminal-Sachen, wovon er jedoch den Diebstahl (larcin) ausnahm; und zwar sollte er nur unter folgenden vier Bedingungen Statt finden, 1) daß die Existenz des Verbrechens vollkommen erwiesen sey, 2) daß es ein solches sey, welches die Todesstrafe nach sich zog, 3) daß es kein anderes Mittel gebe, um den Thäter zu ermitteln, 4) daß der Angeklagte desselben notorisch und öffentlich beschuldigt werde. Im J. 1314 dehnte derselbe König sein Verbot gegen den Zweikampf wieder weiter aus, indem er verordnete, daß, während er (der König) im Krieg begriffen wäre, Niemand einen Zweikampf annehmen, oder antreten sollte. *) Der Sohn und Nachfolger von Philip dem Schönen, Ludwig der Zehnte (Hutin), sah sich indessen im J. 1315 genöthigt, den Zweikampf in allen Criminal-Sachen, sogar, was ehemals unerhört gewesen war, bei der Klage wegen Diebstahl, zu erlauben, **) unter der Bedingung jedoch, daß die Sache durch Zeugen nicht ermittelt werden könnte. In der Ausübung befolgte man sehr lange die in der Verordnung Philips des Schönen festgesetzten Regeln. Die Sache ward förmlich vor Gericht verhandelt. Die Advokaten, welche nun nicht mehr die Vorfechter der kämpfenden Partheien waren, sprachen darüber, ob der Zweikampf von dem Gericht erkannt werden dürfe oder nicht. Boutillier,

---

*) „Provocationes ad duellum et gagia duellorum recipi vel admitti, ipsa duella fieri vel iniri durantibus guerris nostris expressius inhibemus.“

**) „Nous voulons et octroions, que en cas de murtre, de larrecin, de rapt, de trahison, et de roberie, gage de bataille soit ouvert, se les cas ne poroient estre provez per tesmoings.“

ein Schriftsteller, *) der am Ende des 14ten Jahrhunderts lebte, und Mitglied des Parlaments war, hat uns in seiner Schrift, Somme Rurale genannt, wovon im folgenden Abschnitt näher geredet wird, ein Formular, wie der Sachwalter sowohl des Anklägers als Angeklagten, bei einer solchen Gelegenheit seinen Antrag zu machen habe, hinterlassen. Wir hoffen, es werde dem Leser nicht unangenehm seyn, wenn wir ihm ein Muster der Art, worin der förmliche, hinter unendlichen Clauseln verschanzte Vortrag des Rechtsgelehrten, mit dem Uebermuth des Anklägers, den grellsten Contrast bildet, hier mittheilen. **) „Ich habe vor Euch, Herr Richter, für N

*) Nur in drei Fällen konnte der Zweikampf erkannt werden. „Dois scavoir que il est ordonné sur ce par les nobles Roys de France, Empereurs en leur Royaume, et faiseurs et conducteurs de loy, que nul ne soit recu en gage que pour trois cas, c'est à scavoir pour murtre, pour rapt et pour arsin de maison (incendie de maison von dem lat. ardere) . . . . . et encore que le cas soit advenu et non pas esperé à faire et non fait, et que renommée, en soit ou par presumtion que doive et puisse mouvoir et autrement non etc.“ Som. Rur. in den am Ende angehängten Stücken nach der Ausgabe von Charondas p. 880.

**) Somme Rur. in den am Ende beigefügten Stücken, nach der Ausgabe von Charondas, vom J. 1603 p. 879, 880 f. „Sire juge, j'ay à proposer devant vous pour tel N contre tel N, que je voi là aucunes causes et raisons grandement touchant contre son honneur et pour ce il me poise (pêse) et desplaist forment (fortement) que dire me les convient, mais en verité et par le serment que je doy avoir et tenir à loi à l'advocaterie faire, conseil lire et maintenir et dont ce vous m'avez contrainct, sans le dire et toucher en la cause de mon maistre ne m'en pourroy passer par ce qu'expressement servent à la matière, et pour ce supplie treshumblement partie adverse et à ses amis que de ce me veuillent tenir et avoir pour excusé, car en vérité ce n'est point pour injurier sa personne ne ses amis en tant qu'en autre matière serviroit ne à moy qui suis expressement chargé de dire. Car tant qu'à moy je le voudroi servir et ses amis de tout mon petit pouvoir, et ainsi me fait dire mon maistre qui baillé

gegen N, den ich hier sehe, gewisse Sachen und Gründe vorzubringen, welche seine Ehre stark belasten, und deshalb ist es mir sehr unangenehm und beschwerlich, daß ich sie vorbringen muß. Allein der Wahrheit und meinem geleisteten Eid gemäß, den ich bei Ausübung meines Geschäfts als Richtschnur ansehen muß, nämlich meinen Auftrag vorzulesen und zu vertheiı-

---

m'a par memoire (Denkschrift) et de ce m'a promis et advoué par ses lettres séellées de séel authentique. . . . . Car il est à scavoir certainement que de moy ne le voudroye faire, n'en dire ne maintenir se requis de ma partie je n'en estoye, et de vous, Sire juge, commandé et enjoinct, et pour ce supplie à tel N et à ses amis qu'il ne leur deplaise: et à vous, Sire juge, que de vostre licence puisse dire et arguer ce que chargé m'est à dire pour la cause de mon maistre, et que en ce ne puisse meffaire. A ce doit respondre le juge: proposez vostre cas selon que vous pensez loyaument que la matière de vostre maistre le desire, et bien vous gardez de dire injure à ame qui ne serve en vostre matière, et ne ne face sentir en la cause de vostre maistre, car la Cour le vous deffend, enjoinct et encharge sur encourre sur toutes peines à ce introduictes, et que meffaire vous pouvez. „Et à ce doit respondre l'Advocat" Monseigneur, je ne dirai chose, se dieu plaist, qui ne me soit baillé par memoire, et qui ne me semble en verité, qu'elle face (fasse) et serve au fait de mon maistre, et dont je seray de par lui advoué et me garderai à mon pouvoir de mesprendre.". . . . Pourquoy tout veu (vu) je puis contendre à cest fin et conclure que ledit tel N con, fesse les choses par moy proposées estre vrayes, il confessera verité, et en deschargera sa conscience qui blecée (blessée) et chargée en est, et par vous sera condamnée à avoir forfait vice (wahrscheinl. vie) et corps avec confiscation de biens . . . . . Et s'il le nie, je dy (dis) pour mon maistre, et pour atteindre les conclusions dessusdictes ou telles que la coustume enseigne et desire, que mon dict maistre N qui par temoins ni lettres ne pourroit prouver, mais par luy par son advoué il le prouvera et offrira tant à prouver se dieu plaist que son bon droit contre ledit tel N, que voy-là, en champ clos comme gentilhomme peut et doit faire retenue de cheval, d'armes et de toutes

digen, wozu ihr mich verpflichtet habt, kann ich in der Sache meiner Parthei nicht unterlassen, dieselben zu sagen und zu berühren, weil sie bestimmt zur Sache dienen, und ich bitte deshalb die Gegenparthei und ihre Freunde unterthänig, daß sie mich deshalb für entschuldigt halten und ansehen wollen. Denn in der That, es geschieht nicht um sie oder ihre Freunde zu beleidigen, soll auch zu keinem andern Zweck oder zu meinem

---

autres choses necessaires servantes et pertinentes ou profitables à gage de bataille ou tel cas, que gentillesse desire, et en livre son gant en gage, en protestant de si avant faire au surplus que la cour dira que faire doive pour son honneur garder et sa conclusion atteindre." . . . . . De la partie adverse doit estre proposé au contraire, se ainsi n'est que riens ne puisse estre arguées par misses, afin de non recevoir et afin que bataille ne s'en doive asseoir, et à toutes autres declinatoires, dilatoires et exceptions etc. . . . . Et apres ce se faut deffendre par faits contraires et especiallement tendans à fin que bataille ne s'en doive asseoir, et se sans bataille ne s'en peut passer, ... le deffendeur . . . . doit dire avant que gage rendre „Monseigneur le juge! En ceste cause je dis que de tout ce entièrement que tel N, que par de-là est, a faict par advocat dire et proposer contre moy, et laquelle chose il a advoué et traict son gage contre moy, je dis et respons contre luy qu'il en a menty en ce vouloir dire et maintenir comme faux et mauvais qu'il est, et luy mets en ny tout ce que dict et proposé en a, soit par luy ou par autre pour luy, en disant au cas que vous jugerez que gage de bataille y devoit avoir je m'en deffenderay, comme gentilhomme bon et loyal que je suis, comme celuy en deffendant contre luy ay juste et loyale cause." Si se doit bien adviser qu'il ne die (dise) pas, que mors (mort) le rendra ou vaincu fors de soy deffendre seulement. Car se plus avant concluoit, il s'obligeroit comme le demandeur que dure chose seroit, car comme le deffendeur doit toutes ses conclusions et deffenses faire, car il suffiroit que autre chose ne fist au champ pour cause estaindre (éteindre) en deffendant que son adversaire ne le matast (mater, matt machen). — Item ne doit pas estre oublié qu'au premise du demandeur est dict, que l'advocat se doit excuser etc.

Vortheil dienen, der ich ausdrücklich beauftragt bin es zu sagen. Denn was mich betrifft, so mögte ich gern ihr und ihren Freunden, soviel in meinen geringen Kräften steht, dienen, und nur meine Parthei ist es, die mich so reden läßt, welche es mir schriftlich mitgetheilt, und durch einen mit ihrem authentischen Siegel versehenen Brief versprochen hat, es wahr zu halten . . . . . , denn man darf sicher glauben, daß ich es aus mir nicht thue, noch davon reden oder es behaupten würde, wenn meine Parthei mich nicht dazu aufgefordert, und Ihr Herr Richter, mir es nicht befohlen und zur Pflicht gemacht hättet, und deshalb bitte ich den genannten N und seine Freunde, daß es Ihnen nicht mißfällig seyn möge, und Euch Herr Richter bitte ich, daß ich mit eurer Erlaubniß dasjenige sagen und vorbringen darf, was ich für die Sache meiner Parthei zu sagen beauftragt bin, und daß dieses mir nicht als Pflicht-Verletzung angerechnet werde." Der Richter antwortete darauf: „Tragt euren Fall vor, so wie ihr als rechtlicher Mann glaubt, daß die Sache eurer Parthei es erheischt, und hütet euch wohl Beleidigungen vorzubringen, die zu eurem Gegenstand Nichts beitragen, und die Sache eurer Parthei nicht fördern, denn der Hof (das Gericht) verbietet es euch, und macht euch dafür unter allen darauf gesetzten Strafen verantwortlich, und warnt euch, daß ihr Gefahr lauft, eure Pflicht dadurch zu verletzen." Hierauf antwortete der Advokat: „Gnädiger Herr, ich werde, wenn Gott will, Nichts sagen, als was mir schriftlich mitgetheilt worden, und nach meiner Meinung zur Sache meiner Parthei beiträgt und förderlich ist, und was dieselbe wahr halten wird, und werde mich hüten, meine Vollmacht zu überschreiten." Der Advokat trug nun die Sache umständlich vor, und nachdem er alle Gründe entwickelt, schloß er mit folgendem Antrag: „Alles wohl erwogen, glaube ich daher so schliessen und darauf antragen zu können, das der gesagte N das von mir vorgebrachte als wahr bekenne, wodurch er die Wahrheit bekennen und zugleich sein damit belastetes Gewissen befreien wird, so wie daß er von euch verurtheilt werde, Leib und Leben nebst Hab und Gut verwirkt zu haben. . . . . Und, wenn er es läugnet, so sage ich für meine Parthei und um das, worauf ich angetragen oder was

den Gewohnheiten in einem solchen Falle gemäß ist, zu erhalten, daß meine Parthei, die es durch Zeugen und schriftliche Urkunden nicht beweisen könnte, ihr gutes Recht, wenn Gott will, gegen den genannten hier gegenwärtigen N entweder selbst oder durch ihren Stellvertreter in geschlossenem Feld beweisen, und zu beweisen sich erbieten wird, so wie ein Edelmann thun kann und muß, wobei sie sich den Gebrauch von Pferd, Waffen und Allem in einem solchen Fall üblichen und nützlichen vorbehält, und ihren Handschuh zum Pfand reicht; sie verspricht weiter, Alles thun zu wollen, was der Hof bestimmen wird, daß sie zum Schutz ihrer Ehre, und um ihr Gesuch zu erhalten thun müsse. Der Sachwalter der Gegenparthei mußte nun, wenn er keine allgemeinen Gründe, um den Kläger mit seinem Gesuch abzuweisen, vorbringen konnte, den angeführten Thatsachen andere entgegenstellen, aus denen sich ergab, daß es nicht geeignet sey, den Zweikampf zu erkennen. Und sah er, daß die Sache ohne Zweikampf nicht beendigt werden konnte, so mußte er, ehe er sein Fehdepfand übergab, so sprechen: „Herr Richter! in dieser Sache sage ich, daß dasjenige, was der genannte N. durch seinen Advokat gegen mich hat sagen und vorbringen lassen, und wozu er sich bekannt, und deshalb sein Fehdepfand gegen mich überreicht hat, ich sage und antworte; daß er, indem er dieses sagen und behaupten wollte, durchaus gelogen hat, so wie er ein Lügner und schlechter Mensch ist; und läugne Alles, was er selbst oder ein Anderer in seinem Namen gegen mich gesagt hat, und in dem Fall, daß ihr urtheilen solltet, daß ein Zweikampf Statt finden müsse, werde ich mich vertheidigen, wie es einem braven und rechtlichen Edelmann, wie ich bin, zukommt. Als solcher habe ich, indem ich mich gegen ihn vertheidige, eine gute und gerechte Sache." Der Advokat mußte sich wohl hüten zu sagen, seine Parthei wolle ihren Gegner entweder tödten oder zwingen, sich für überwunden zu erklären, denn hierdurch ging sie dieselben Verpflichtungen ein, wie der Ankläger, da es hinreichte, wenn sie si gegen denselben vertheidigte. — Der Advokat des Angeklagten mußte sich selbst überdem eben so entschuldigen und verwahren, wie eben für den Advokat des Klägers bemerkt worden. — So bestand der Zweikampf in einer zwar Etwas

gemilderten Form noch Jahrhunderte nach Ludwig dem H. fort. Der letzte Fall eines von der Obrigkeit angeordneten Zweikampfs, soll in Frankreich i. J. 1547 vorgekommen seyn; wo die beiden Partheien Jarnac und Chateraigne hiessen.

Ludwig der H. war bei Abschaffung des gerichtlichen Zweikampfs mit großer Umsicht und Behutsamkeit zu Werk gegangen. Er erlaubte nicht allein den Baronen die Gerichte auf ihren Besitzungen nach der alten Form einzurichten, sondern er befahl auch, daß die Einlegung der Appel nach dieser Form geschehen, daß man dabei insbesondere die alten Ausdrücke: fausser le jugement beibehalten sollte. *) Wenn man indessen gegen ein von den königlichen Gerichtshöfen erlassenes Urtheil anging, so erlaubte die dem König schuldige Ehrfurcht nicht den Ausdruck: verwerfen (fausser), zu gebrauchen. Sondern dasjenige, worüber man sich beschwerte, betraf entweder die Thatsache, oder das Recht selbst. Im ersten Fall reichte man die Beschwerde bei dem Gericht, welches das Urtheil erlassen hatte; im zweiten bei dem König selbst, und zwar in beiden Fällen in Form einer Bittschrift (supplication) ein. **)

*) Etablissem. liv. I. chap. 76. „Nus Gentishome ne puet demander amendement de jugement que l'en li face, ains convient que l'en le fausse tout outtre ou que il le tienne pour bon, se ce n'est en la cort le Roy: car illuec pueent toute gent demander amendement de jugement par droit, selon droit escrit. en Cod. de precib. Imperat. offerend. leg. ultim. l. siquid. Et pour ce ne l'en fausser, car l'en (on) ne trouveroit mie (pas) qui droit en feist, car li Roy ne tient de nului fors de dieu et de luy."

**) „Se aucune des parties se sent du jugement grevée, et que l'en leur ait fet tort, et grief qui soit appert, il en doit tantost appeler sans demorer, au chief seigneur, ou à la cort de celuy, de qui il tiendra de degré en degré . . . . . souplication doist être fait en cort de roy, et non pas appel; car appel contient felonie, et iniquité." Etablissemens de St. Louis. liv. 2. chap. 15. — Was hier von dem Unterschied zwischen Irrthümern, die sich auf die Thatsache und solchen, die sich auf das Recht beziehen, gesagt ist, habe ich aus Henrion de Pansey sur l'autor. judic. en France. Introduct.

Doch konnte Einer, der im ersten Fall von dem Gericht abgewiesen ward, sich noch an den König wenden. — Man sieht hieraus, daß dieses mit dem, was man jetzt requête civile und cassation nennt, die größte Aehnlichkeit hatte.

Die Abschaffung des Zweikampfs durch Ludwig des H. wirkte noch auf eine andere minder directe Weise, sehr wohlthätig auf die Gerechtigkeitspflege ein. Nämlich die Barone, welche

---

H. IV. p. 50. entnommen, welcher sich deshalb auf Etablissem. liv. II. chap. 15. und liv. I. chap. 78. (bei ihm steht irrthümlich chap. 80.) beruft. Ich muß indessen gestehen, daß dieses nur ziemlich dunkel in diesen Stellen liegt. Ich will, damit der Leser selbst urtheilen könne, das Wesentlichste aus denselben hier mittheilen. Liv. II. chap. 15. enthält noch das Bestimmteste. „l'en doit souploier au Roy, que il le jugement voye ou face (fasse) voir, et *se il est contre droit*, que il le face tenir et enterinner par la coustume du païs, et ce ne puet il veer (refuser) aux parties selon les establissemens le Roy etc.“ — liv. I. chap. 78. heißt es: „se il le (l'amendement) requiert au baillif en soupliant, le doit dire, et li doit requerre, Sire, il me semble que cist (ce) jugement me grieve, et pour ce en requier je amendement et que vous me mettez terme, et fétes tant de bonnes gens venir, que eux connoissent se li amandement est ou non par gens qui le puissent fere et doivent selon le droit et l'usage de Baronnie. Adonc li Baillif li doit mettre terme et li doit fere (faire) semondre les hommes le Roy et ceux qui furent au jugement fére, et autres preudhommes qui connoissent de droit et de jugement: et pour garder se le jugement est bon, par leur esgard et par leur dit il sera tenus, et se il n'est bons, il le convient amander, et se il regardent que il n'y ait point d'amandement, cil qui aura demandé amandement de jugement, il en gagera ses muebles, se il est gentishom, et hom le Roy, et se li Baillif ne vouloit fére l'amandement de jugement, cil en puet appeler devant le Roy, et se li Roy et ses Conseils dient que il soit bons et loiens, cil engage ses muebles: més le Roy le doit sçavoir par ceus qui furent au jugement fére, et se li jugement ne fut bien faict, li Roy li doit fére rendre ses cousts et ses dommages au Baillif qui fist le jugement.“

sich vorzüglich darum in eigner Person zu den Gerichtshöfen drängten, weil sie dieselben für Kampfplätze ansahen, zogen sich nun immer mehr und mehr davon zurück. Sowohl aus Abneigung gegen Alles, was nicht Krieg athmete, als auch wegen ihrer Unwissenheit in den geschriebenen Gesetzen, besonders in dem römischen Recht, welches seit den Verordnungen Ludwigs des H. in die Gerichte eingeführt ward, ließen sie sich durch Stellvertreter, Amtleute, Vögte (baillis, prevôts) u. s. f. ersetzen. Die Gerichte nahmen dadurch eine Gestalt an, welche sich der in den letzten Zeiten üblichen sehr näherte. *) Zugleich erhielt, da die königlichen Richter es jetzt bei Appellationen nicht mehr mit den Lehnsherrn selbst, sondern nur mit den Beamten derselben zu thun hatten, die königliche Gerichtsbarkeit eine immer größere Ausdehnung. An Vorwänden dazu konnte es bei dem immer fortdauernden Steigen der königlichen Macht nicht fehlen. Einen besondern lieferten die sogenannten, dem König vorbehaltenen Fälle (cas royaux). Es war nämlich eine alte Regel, daß, sobald in irgend einem Rechtshandel ein Punkt, der sich auf das Interesse des Königs, seine Domainen, Forsten u. s. f. bezog, zur Sprache kam, die Entscheidung vor die königlichen Gerichte gehöre. **) Dieses ward nun auf alle

*) Eine schlimme Folge hatte doch diese Nothwendigkeit, worin sich die Richter befanden, die Gesetze und vorzüglich das römische Recht zu erlernen. Nämlich mit den Lehnsherrn zogen sich auch die Pairs von den Gerichten zurück, und die Amtleute (baillis) urtheilten (gegen den Grundsatz der frühern Zeiten) allein. Auch bei den mit Scheffen besetzten Gerichten verschwand das Ansehen der letztern immer mehr und mehr vor dem des Amtsmanns. Man sehe Montesq. esp. d. loix. liv. 28. chap. 42.

**) Der Ausdruck „cas royal" kommt zwar in den établissem. nicht vor, allein die Sache war wohl bekannt. So gehörte z. B. der Bruch eines vor den königl. Gerichten gegebenen assurement (man sehe den Anhang zu diesem Abschn.) ausschließlich vor die königl. Gerichte. (Etablissem. liv. II. chap. 28.) Eben dahin gehörten auch (liv. I. chap. 136.) alle Schuldforderungen gegen einen missus dominicus (més le Roy). Etwa ein Jahrhundert später (nach Abfassung der établissem.), gegen das Jahr 1402, kannte man nicht allein den Namen (cas royal), sondern man

Fälle, wo der König auch nur als oberster Lehnsherr betheiligt war, also auf die Untersuchung und Bestrafung einer Menge von Verbrechen, von Falschmünzerei, Zusammenrottungen, Mord und Raub auf öffentlicher Landstraße u. s. f. ausgedehnt. Die richterliche Macht des Königs erhielt dadurch nach und nach einen solchen Zuwachs, daß in den letzten Zeiten (vor der Revolution von 1789) keine von den Richtern der Grund- oder Lehnsherrn (juges seigneuriaux) erkannte Leibesstrafe (peine afflictive) vollstreckt werden durfte, wenn nicht das Urtheil vorher von dem Parlament bestätigt war. Uebrigens haben sich Spuren von den alten Gebräuchen, ein Urtheil als falsch anzugreifen (fausser le jugement) noch eine geraume Zeit, nachdem der gerichtliche Zweikampf längst abgeschafft, und die Form des gerichtlichen Verfahrens der neuesten fast gleich war, in den französischen Gerichten erhalten. Nach den Ansichten, die zur Zeit der Lehnsgerichte herrschten, war die Appellation eine Beleidigung und Anklage des untern Richters, welcher deshalb vor dem höhern Richter erscheinen und sich verantworten mußte. Diese Sitte nun dauerte noch immer fort, als schon sehr lange das Parlament alle Appellationssachen entschied. Wenn Einer an dasselbe appellirte, so mußte er den Unterrichter, *) über dessen Ausspruch er sich beschwerte, förmlich vor dasselbe laden; der Parthei selbst aber ward es nur

rechnete dazu fast dieselben Fälle, wie in den letzten Zeiten. (Boutil. Som. Rur. liv. I. tit. 51. und liv. II. tit. 1.)

*) War der Unterrichter ein Beamter eines Grundherrn, so ward der letztere ebenfalls vorgeladen. Philipp der Sechste (von Valois) schaffte dieses, in Beziehung auf die Pairs von Frankreich, durch ein Edict v. J. 1344 ab. „Cum transactis temporibus fuerit ex stilo curiae nostrae observatum, ut siquis a sententia alicujus Paris Franciae . . . . . et judicibus suis ad nos seu curiam nostram appellabat . . . . . oportebat, ut non solum judicem . . . . . sed etiam Parem . . . . . faceret adjornari . . . . . ordinamus ac etiam statuimus, ut in dictis casibus sufficiat ipsis appellantibus, si ipsos judices qui sententiam protulerunt . . . . . et a quibus extitit appellatum adjornari faciant in loco ubi lata fuerit sententia.“ Ordon. du Louv. tom. II.

angekündigt, und derselben freigestellt, zu erscheinen oder nicht, nachdem sie es ihrem Interesse für angemessen hielt. *) Begnügte der Appellant sich damit, die Unterrichter allein vorladen zu lassen, so ward das erste Urtheil zu Gunsten der Gegenparthei vollstreckt. Die Appellation ging indessen im Interesse des fürstlichen Schatzes ihren Gang fort. Selbst die königlichen Richter mußten, nicht minder als die Pairs der Lehnsherrn und als diese letztern selbst, eine Geldstrafe bezahlen, wenn das Appellationsurtheil gegen ihre Entscheidung ausfiel. **) Dieselben waren sogar in dieser Hinsicht schlimmer daran, als die der Lehnsbarone, indem diese für ihre Richter bezahlten. ***) Die königlichen Richter wurden erst im

*) Die alten Erlaubnißbriefe, wodurch man ermächtigt ward Appellation einzulegen, lauteten: „Au premier notre huissier . . . . . nous te mandons et commettons qu'à la requête du dit exposant les-dits juges présidiaux qui ont donné la dite sentence, et fait le dit tort et grief susdit, tu ajournes, en cas d'appel à certain et competent jour à notredite cour de Parlement, pour iceux soutenir et défendre, écrire, corriger, réparer et iceux mettre du tout au néant si metier est et le doivent être . . . . . et intimer et faire savoir audit . . . . . et à sa femme qu'ils soient et comparent auditjour, à notredite cour de Parlement; *s'ils pensent que bon soit et que la dite cause et matière d'appel leur touche ou appartienne en aucuae manière*, et en outre pour répondre et procéder comme de raison." Boucheul Bibliotheque du droit Français. Paris 1671. Art. Appellation.

**) ordinamus quod . . . . . si sententia per curiam fuerit infirmata, tanquam tortionaria et irrationabilis, et appellationes bonae et validae judicentur, praedictus justitiarius noster, per cujus justitiam id factum fuerit, 30 libras parisienses solvere tenebitur thesaurario nostro. Ordonnance de 1443. art. 6.

***) Zu den Zeiten von Boutillier (i. J. 1400) unterschied man indessen die Fälle, wo die Richter der Lehnsbarone wirkliche, von demselben angestellte Beamte (Amtmänner, Vögte) u. s. f. waren, und diese oder der Lehnsbaron selbst geurtheilt hatten, von denjenigen, wo letzterer nur seine Vasallen u. s. f. zusammenberufen hatte, und das

Anfange des sechszehnten Jahrhunderts von Erlegung dieser Geldstrafe befreit. In Beziehung auf die Lehnsherrn bestand dieser Gebrauch noch viel länger (gewiß noch i. J. 1564 *), und hörte endlich, wie Montesquieu (liv. 28. chap. 32.) sagt, durch seinen eigenen Unsinn auf. Der Appellant selbst indessen muß auch noch jetzt, wenn er unterliegt, ein Strafgeld bezahlen, doch nicht deshalb, weil er den Unterrichter beleidigt, sondern weil er den Gang der Gerechtigkeit unnöthiger Weise aufgehalten und den Gerichtshof belästigt hat. **) Daher fallen diese Strafgelder auch nicht dem Unterrichter, sondern dem öffentlichen Schatz und zuweilen zum Theil der Gegenparthei des Appellanten zu. Auch die Gewohnheit den Unterrichter, von dessen Ausspruch appellirt worden, vorzuladen, hatte sich später in eine leere Formalität verwandelt und hörte endlich ganz auf. Ein französischer Practiker, Imbert, der i. J. 1616 schrieb, bemerkt, daß damals die Unterrichter zwar noch vorgeladen würden, aber nicht zu erscheinen brauchten. Man könnte daher, meint er, den Partheien Kosten ersparen, wenn die Richter nur vorgeladen würden, im Fall der Appellant sie der Partheilichkeit beschuldigte. Dieser Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Vor dem Ausbruch der Revolution (1789) war von dem ehemaligen Gebrauch keine andere Spur übrig, als daß der Civil-Lieutenant des Stadtgerichts von Paris (du châtelet) bei der jährlichen Wiedereröffnung des Parlaments in der großen Kammer desselben den Verhandlungen der ersten Sache beiwohnte, die auf der Rolle von Paris stand. Noch ist zu bemerken, daß die Gewohnheit, den Unterrichter vorzuladen und nach Umständen zu einer Geldbuße zu verurtheilen nur in den Provinzen

---

Urtheil von diesen ausgegangen war. Im letztern Fall traf auch nur diese die Geldstrafe. Boutil. Som. Rur. liv. I. p. 13. u. s. f.

*) Les hauts-justiciers, ressortissans nuement en nos cours, seront condamnés, suivant les anciennes ordonnances, en 60 livres parisis, pour le mal jugé de leurs juges. Ordonnance de Roussillon, de l'an 1564, art. 27.

**) „Emendatur ratione vexationis curiae." Dumoulin de forma arrestorum curiae.

bestand, wo das Gewohnheitsrecht galt. In den sogenannten Provinzen des geschriebenen Rechts (pays de droit écrit), wo das römische Recht galt, kannte man eine solche Bestrafung der Richter nicht. *) Daraus entstand eine sehr wichtige Folge. Nämlich in den erstern Provinzen durfte, so lange diese Gewohnheit bestand, der Appellant vor dem höhern Gericht keine neuen Gründe und Beweise vorbringen. Es wäre nämlich unsinnig gewesen, den Richter zu einer Geldbuße zu verdammen, weil er nicht nach Gründen geurtheilt hatte, die ihm durchaus unbekannt waren. In den Provinzen, wo das römische Recht galt, war aber eine solche Neuerung allerdings erlaubt. **) Was die Zeit betrifft, innerhalb welcher man die Berufung einlegen konnte, so mußte dieses, so lange der Gebrauch des gerichtlichen Zweikampfs bestand, auf der Stelle geschehen, sobald das Urtheil ausgesprochen war. Hätte man nämlich bis zum Ende der Sitzung gewartet, so hätten sich mehrere Appellationen häufen können: und wie wäre es alsdann möglich gewesen, den verschiedenen Partheien Genugthuung zu geben, da der Richter schon unter den Streichen der ersten erliegen konnte? ***) Nach Abschaffung des gerichtlichen Zweikampfs nahm man es zwar in Hinsicht der zur Appellation gestatteten Frist nicht mehr ganz so genau. Nach den Verordnungen Ludwigs des H. mußte man an dem Tag, wo das

---

*) „Ubi pronunciatur bene appellatum et male judicatum, *si judices sint juris scripti*, a quibus est appellatum, nullam debent emendam (amende); secus si sint patriae consuetudinariae.“ Dumoulin styl. cur. Parlament.

**) Ubi appellans est *juris scripti*, et in sua appellatione, ad fortificandam eam, aliqua gravamina proposuit in scriptis, non solum ex illis poterit justificare suam appellationem sed ex aliis quibuscunque.“ Dumoulin styl. curiae Parlam. cap. 24.

***) Wenn indessen eine Parthei wegen versäumter Frist (par défaut) verurtheilt worden war, so konnte sie, wenn sie noch vor Endigung der Sitzung erschien, verlangen, daß von neuem geurtheilt würde. Beaumanoir sagt: „Elle pouvoit requérir qu'on l'y dît de rechef le jugé, et elle étoit à tems d'appeller.“

Urtheil *) gesprochen war, appelliren. Dieses ward sogar später wieder dahin verschärft, daß man vor Endigung der Sitzung die Berufung einlegen mußte. **) Allein die Regel, obschon man sie nicht abschaffte, ward späterhin ganz unwirksam durch die Leichtigkeit, mit welcher man von der Kanzlei Befreiungsbriefe von derselben, unter dem Namen relief d'illico bekannt, erhalten konnte. Man gab solche Befreiungsbriefe bis nach Verlauf von dreißig Jahren von dem Tage, wo das Urtheil ausgesprochen war, angerechnet. In der Ausübung ward daher, bis zu der neuen Einrichtung des Gerichtswesens im August 1790 meistens angenommen, daß dreißig Jahre die für die Appellation verstattete Frist ***) seyn, welches zugleich die Verjährungs-Frist aller persönlichen Klagen war, wozu man auch die Appellation rechnete.

*) Etablissem. de St. Louis. liv. I. chap. 78. „Nus (nul) hom ne puet (peut) demander amandement de jugement en la court le Roy se ce n'est le jour meisme que li jugement sera fés (fait) . . . . . car il n'auroit point de amandement de jugement, se li jors (jour) passoit."

**) „Déclarons que dorénavant nul ne soit recu à appeller, s'il n'appelle incontinent la sentence donnée." Ordonnance de Charles VII. a. 1453. art. 18. „Ou au moins franchement après que le juge seroit levé de son siége, et lui étant encore en son auditoire, autrement il n'est à recevoir comme appelant." Pratique de Masuer, Nr. 166.

***) Dieses galt in ganz Frankreich vor der großen Verordnung Ludwigs des 14ten v. J. 1667. Letztere (tit. XXVII.) schrieb gewisse Formalitäten vor, durch deren Erfüllung die Appellations-Frist beträchtlich abgekürzt ward. Bei dem Parlament von Paris erhielt sich dennoch der alte Gerichts-Gebrauch. Man sehe den folgenden Abschnitt §. 3.

Anhang

zum zweiten Abschnitt.

Noch viel verderblicher für das öffentliche Wohl, als der gerichtliche Zweikampf, waren die sogenannten Privat-Kriege.*) In jenen traurigen Zeiten, wovon in diesem Abschnitt gehandelt wird, hielt jeder Edelmann sich für berechtigt, im Fall er von einem Andern beleidigt oder auch in seinem Eigenthum verletzt ward, denselben mit Krieg zu überziehen. Das Schlimmste dabei war, daß alle Verwandten und Lehnspflichtigen beider Partheien verbunden waren, an dem Krieg Theil zu nehmen, so daß des Raubens, Plünderns und Mordens kein Ende ward. **) Indessen waren doch, eben so wie der gerichtliche

---

*) Man sehe die vortreffliche Abhandlung von Du-Cange über diesen Gegenstand. Es ist die vorletzte von den dreißig Abhandlungen, die derselbe seiner Ausgabe des Lebens Ludwigs d. H. von Joinville beigefügt hat. — Auch in dem ersten Band von Robertsons Geschichte Carls des Fünften findet man hierüber manche Belehrung.

**) Guibert, Abt von Nogent, ein gleichzeitiger Schriftsteller, (gest. 1124) sagt Hist. Hier. lib. I. cap. 7. von dem schrecklichen Unfug, der unmittelbar vor dem Anfang der Kreuzzüge Statt fand. „Erat eo tempore antequam gentium fieret tanta profectio: maximis ad invicem hostilitatibus totius Francorum Regni facta perturbatio, crebra ubique latrocinia, viarum obsessio audiebantur: imo fiebant incendia infinita, nullis praeter sola et indomita cupiditate existentibus causis exstruebantur praelia, et ut brevi totum claudam, quidquid obtutibus cupidorum subjacebat, nusquam attentendo cujus esset, praedae patebat.“

Zweikampf, auch diese Privat-Kriege gewissen Regeln und Gesetzen unterworfen. Das Recht dazu stand nur *) Edelleuten zu, welche dasselbe als ihren schönsten Vorzug ansahen. Auch diese durften eigentlich nur, wegen sehr grober Verletzungen und Beleidigungen, wenn Jemand getödtet, verstümmelt oder geschlagen worden war, (quant aucun fés avenoit de mort, de mehaing (mutilatio), ou de bature, Beauman. chap. 61.) den Krieg anfangen. Es geschah aber nur zu oft, daß bürgerliche Streitigkeiten über Erbschaften u. s. f. durch Krieg entschieden wurden. War ein Verbrechen vorgefallen, so benahm der Krieg zwischen der Parthei des Beleidigten und Beleidigers darum der Obrigkeit (dem höhern Lehnsherrn) nicht das Recht, den Fall gerichtlich zu untersuchen und zu bestrafen. Dieses letztere konnte sogar auch noch geschehen, nachdem die Partheien untereinander Frieden geschlossen hatten. **) War aber der Verbrecher von den Gerichten gestraft, so durfte der Beleidigte weder ihn noch seine Verwandten ferner bekriegen. Ueberhaupt ward vorausgesetzt, daß Einer, der vor Gericht das Fehdepfand annahm, auf sein Recht die Sache durch Krieg auszumachen verzichtet habe. Die ersten Schritte um diesem schrecklichen Unheil zu steuern, gingen von der Geistlichkeit aus. Im J. 990 versammelten sich mehrere Bischöfe in dem südlichen Theil von Frankreich, und bestimmten, daß alle zu ihren Sprengeln gehörigen, die sich solche Gewaltthätigkeiten erlaubten, auf immer von allen christlichen Vorrechten ausgeschlossen und selbst nach dem Tod, eines christlichen Begräbnisses beraubt bleiben sollten. ***) Im Jahr 994 ward zu Limoges zu dem nämlichen

---

*) „Autre que gentilhomme ne poeut guerroyer" sagt Beauman.

**) Beauman. gibt als Ursache an „que cil qui font les villains meffez (vilains mefaits) de cas de crieme, ne meffont pas tant seulement à adverse partie n'a lor (leur) lignage, mez (mais) au Signor qui les ont en garde et à justice.

***) Die Urkunde findet man bei Mabillon, De re Diplomat. (Paris 1709.) lib. VI. p. 577, auch bei Dumont, Corps Diplomat. tom. I. p. 41.

Zweck eine Kirchenversammlung gehalten. Man brachte die Leiber der Heiligen herbei, und beschwor die Menschen und ließ sie bei diesen ehrwürdigen Ueberresten schwören, von ihren Gewaltthätigkeiten abzustehen. Allein auch dieses wirkte nur auf eine kurze Zeit, und in einzelnen Gegenden. Im Jahr 1032 gab ein Bischof von Aquitanien vor, ein Engel habe ihm eine Schrift vom Himmel gebracht, worin den Menschen befohlen würde, ihre Feindseligkeiten einzustellen. Hierauf erfolgte ein allgemeiner Friede (in Aquitanien), der sieben Jahre dauerte. Es ward überdem festgesetzt, daß künftig in jeder Woche einige Tage hindurch, nämlich vom Abend des Donnerstags bis zum Morgen des Montags alle Befehdungen eingestellt seyn sollten. Dieser Friede, den man auch den Frieden Gottes *) (Treuga dei) nannte, ward in ganz Frankreich, die Normandie abgerechnet, angenommen. Allein auch in dieser letztern Provinz ward derselbe späterhin und zwar, nachdem Wilhelm der Eroberer Herr von England geworden war, von dorther eingeführt. Alle diese Verträge und Schreckmittel wirkten indessen nur eine kurze Zeit, und mußten mehrmals erneuert werden. Am Ende des 12ten Jahrhunderts gab ein Zimmermann aus Guyenne vor, der Heiland und die Jungfrau Maria seyen ihm erschienen, und haben ihn aufgefordert, die Menschen zum Frieden zu ermahnen; zur Beglaubigung seiner Sendung haben sie ihm ein Bildniß der H. Jungfrau mit der Ueberschrift gegeben: O du Lamm Gottes, welches du wegnimmst die Sünden der Welt, **) erbarme dich unser. Hierauf traten

*) Du-Cange Glossar. ad voc. „Treuga dei" Glaber (gest. um d. J. 1050) lib. 5. cap. 1. "Anno 1041 contigit, inspirante divina gratia, primitus in partibus Aquitanicis, deinde paulatim per universum Galliarum territorium firmari pactum per amorem dei et timorem, taliter ut nemo mortalium à feriae quartae vespere usque ad secundam feriam incipiente luce, ausu temerario praesumeret quippiam alicui homini per vim auferre, neque ultionis vindictam e quocunque inimico exigere, nec etiam a fidejussore vadimonium sumere." — Die Wochentage, an welchen der Gottes-Friede gehalten ward, waren nach Verschiedenheit der Gegenden verschieden. Du-Cange l. c.

**) Du-Cange Glossar. ad. voc. Agnus Dei.

mehrere Barone und Prälaten zu Puy zusammen und verpflichteten sich eidlich, nicht allein mit ihren eignen Feinden Frieden zu schliessen, sondern auch diejenigen, welche die Waffen nicht niederlegen wollten, mit Gewalt dazu zu zwingen. Sie stifteten zu dem Ende eine Gesellschaft, der sie den Namen „Bruderschaft Gottes (confraternitas dei)" beilegten. Endlich traten die weltlichen Fürsten ins Mittel. Schon im J. 1095 hatte das zu Clermont gehaltene Concilium verboten, bei Gelegenheit der Befehdungen die Häuser von Privaten anzuzünden, und Schafe und Lämmer wegzurauben. Demzufolge erliessen mehrere Fürsten (unter andern auch i. J. 1187 der Kaiser Friederich in Deutschland) dasselbe Verbot, jedoch so, daß die Burgen und festen Schlösser des Feindes nicht zu den Wohnungen, die man nicht anzünden durfte, gerechnet wurden. *) Ferner ward gesetzlich bestimmt, daß, die Fälle abgerechnet, wo durch zufälliges Zusammentreffen ein Streit entstand, der in Thätlichkeiten überging, (quant caudes [chaudes] mellées sourdent entre gentixhommes d'une part et d'autre) der Krieg vorher förmlich angekündigt und erst drei Tage nach dieser Ankündigung angefangen werden durfte. War der Krieg auf die eben angeführte Weise, nämlich durch Thätlichkeiten, die in der ersten Hitze vorgefallen waren, (calido conflictu) entstanden, so war er dadurch schon von selbst und zwar nicht allein zwischen den Haupt-Partheien, sondern auch zwischen allen, die bei der That gegenwärtig gewesen waren, und zu Einer der beiden Partheien gehörten, von selbst erklärt. Das nämliche galt auch, wie schon erinnert worden, von allen Verwandten **) und Vasallen

*) In dieser Verordnung, welche Du-Cange (Dissertat. 29. p. 344) aus der Chronik des Abts von Ursperg, Conrad von Lichtenau (gest. 1240) anführt, heißt es: „Si liber homo ingenuus, ministerialis, vel cujuscunque conditionis fuerit, incendium commiserit pro guerrâ propriâ, pro amico, pro parente, vel causae cujuspiam alterius occasione, de sententia et judicio proscriptioni statim subjectus habeatur. Hic excipiuntur, siqui forte, manifestâ guerrâ, castra manifeste capiunt, et siqua ibi suburbia, aut stabula, aliave tuguria praejacent, igne succendunt."

**) Anfangs von allen bis zum siebenten Grad Verwandten

des Beleidigten und Beleidigers. Um diese indessen vor unvorgesehenen Angriffen von Feinden, die sie oft eben wenig als die Ursachen der Befehdung kannten, zu schützen, verordneten die Gesetze, daß die Verwandten der Partheien erst vierzig Tage, nachdem die That geschehen oder der Krieg erklärt war, befehdet werden könnten. Hiervon waren indessen nicht allein diejenigen, die bei der That selbst gegenwärtig gewesen, sondern auch alle, die freiwillig einer Parthei Hülfe leisteten, oder sich unter den Streitern derselben befanden, ausgeschlossen. (Cil [Ceux] qui sont au fet [fait] présens, si doivent bien garder pour le fet, ne vers cix [pour ceux] ne quiert nule trive [ne court nulle treve] devant qu'elle [avant qu'elle] est prise par justice ou par amis). Beaumanoir schreibt diese Verordnung dem Sohn Ludwigs des H., Philip dem Kühnen (reg. 1270—1285) zu. Allein die meisten Schriftsteller legen sie Ludwig dem H. selbst bei. *) Wenn eine Parthei keinen Krieg führen wollte oder durfte, (wie ein Bürger, der mit einem Edelmann in Streit gerieth) oder auch wenn sie des Kriegs müde war, so konnte sie sich auch vor fernern Angriffen dadurch schützen, daß sie den Lehnsherrn der andern bat diese zu zwingen, ihr eine gerichtliche Versicherung (asseurement) zu geben, daß weder sie, noch Einer ihrer Verwandten oder Vasallen sich ferner an der Person noch an dem Eigenthum des Versicherten vergreifen, sondern die Entscheidung der Sache den Gerichten überlassen wollten. Der Lehnsherr durfte dieses nicht abschlagen, und eben so war die andere Parthei verpflich-

einschließt. Als aber die Kirche das Verbot der Ehe zwischen Verwandten auf den vierten Grad beschränkte, ward, wie Beaumanoir bemerkt, in den Befehdungsgesetzen dieselbe Beschränkung eingeführt.

*) Die Verordnung findet sich bei Laurière tom. I. p. 56. Dieselbe wird auch in einem Brief des Königs Johann erwähnt. Boutillier ein Schriftsteller, der am Ende des 14ten Jahrhunderts lebte, erläutert liv. I. chap. 34. umständlich den Inhalt derselben. Er schreibt sie auch Ludwig dem H. zu. Die Frist von 40 Tagen heißt nach ihm „Quarantaine du Roy." Man sehe Du-Cange Glossar. art. „Quarentena."

tet, diese Versicherung zu geben. Verweigerte sie dieses, ungeachtet des Befehls der Gerichte, oder erschien sie, gehörig aufgefordert, nicht vor Gericht,*) so ward sie, wenn der andern Parthei irgend ein Schade, von wem immer, zugefügt ward, eben so gestraft, als ob sie es gethan hätte. Dasselbe galt, wenn Einer dem Andern vor Gericht drohte, und auf die Aufforderung des Gerichts sich weigerte die Versicherung zu geben, demselben keinen Schaden zufügen zu wollen. **) Wenn, nach-

*) Boutillier theilt in seinem Coutum. génér. liv. I. chap. 34. die Formel der Vorladung mit, wodurch einer aufgefordert ward, vor Gericht eine solche Versicherung zu geben.

**) Die folgenden beiden Stellen sind in Beziehung auf diese asseuremens wohl die wichtigsten. Etablissem. d. St. L. liv. I. chap. 28. „Se ainsint estoit (s'il étoit ainsi) que uns hom eust guerre à un autre, et il vénist (vînt) à la justice pour li fere asseurer, puisqu'il requiert, il doit fere (faire) jurer à celui del qui (duquel) il se plaint, ou fiancer (promettre) que il ne li (lui) fera domage ne ll ne li sien (ni lui ni les siens), et se il dedans ce li fet (fait) domage, et il en puet (peut) estre promis (convaincu), il en sera pendus: car ce est appellé trive enfrainte (trêve enfreinte) qui est une des grans traisons qui soit (une des plus grandes trahisons qu'il y ait): et cette justice si est au baron, et se ainsint estoit que il ne volist (vouloit) asseurer, et la justice li (lui) deffendist et deist (défendît et dît) je vous deffens que vous ne vous en alliés pas devant ce que (avant que) vous aurés asseuré: et se il s'en alloit sur ce que la justice li auroit deffendu, et l'en ardist (et qu'on brulât) à celui sa maison, ou l'en li estrepast (extirpât) ses vignes, il en seroit aussi bien coupable, comme s'il l'eust fait.“ — liv. I. chap. 37. „se aucuns home (quelqu'un) menaçoit un autre, qui li fera domage de cors (corps) et de l'avoir (an Leib und Gut), et li menaciés (le menacé) en demande asseurement, et li autre deist (dît), je m'en conseillerai, et la justice deist ne vous en allés pas devant que vous l'aiez asseuré, et il s'en allast (allât) seur (sur) sa deffense, et sans lui asseurer, et ardist en (qu'on brulât) à celui ses mesons, ou li feist (fît) l'en autre domage de corps ou d'avoir et tout (quoique) ne l'eust encore pas fet (fait), cil menaccierres si,

dem eine solche Versicherung gegeben, oder von dem Gericht verordnet und verweigert war, eine der Partheien der andern noch das geringste Leid zufügte, so ward dieses als Eines der größten Verbrechen, als Hochverrath, angesehen. Die Entscheidung darüber stand nur den Baronen d. h. denjenigen Lehnsherrn, welche die hohe Gerichtsbarkeit hatten, und dem König zu. War die Versicherung vor einem königl. Gericht gegeben, so gehörte die Entscheidung über einen Bruch derselben allezeit vor die Gerichte des Königs. *) Die Privat-Kriege wurden

(ce menaceur) en seroit il autre si bien (aussi bien) atains (atteint) et prouvés comme se il l'eust fait, ou qui auroit tué celui qui auroit demandé asseurement, et l'en en vousist bien ensuivre jusques à droit par qui l'asseurement eust été véé ou refusé à fere en la Court le Roy, ou en la Court au Baron, ou en la Court de quelque Chastellerie il seroit (wenn man im Wege Rechtens denjenigen verfolgen wollte, der entweder vor dem Gericht des Königs oder des Barons, oder sonst einer Castellanei sich geweigert [véé] hätte die Versicherung zu geben) il en seroit autresi bien pendables, come s'il eust fet le fet, et pour ce ne doit nus (nul, lat. nullus) veer droit des trives à donner devant justice (refuser de donner droit de trêve) et quand aucuns se doute, il doit venir à la justice et requerre asseurement, selon droit escrit el Code en la l. de iis qui ad Eccles. confug. l. Denuntiamus."

*) Etablissem. d. St. L. liv. II. chap. 28. „Se aucuns donne asseurement en la cort le Roy (cour du roi) à aucun plaintif, et puis (après) l'asseurement li ait la trive (trêve) enfrainte, et l'asseurement brinsié (brisé), et il en soit semons (semoncé) par devant la gent le Roy, il respondra par devant aus (eux, ceux-çi) tout soit il (quoiqu'il soit) levant et couchant en autre seignorie, tout ait sires telle haute justice en sa terre (selbst wenn der Lehnsherr die hohe Gerichtsbarkeit auf seinem Gebiet hat) et convendra (il conviendra) que il demore (reste) illuec por la raison de l'asseurement fet en la cort le Roy, ou par devant sa gent, selon l'usage de Baronnie, tout ne soit pas pris en fet présent: car li Roy est souverains, si doit estre sa cort souveraine." — tout ne soit pas etc. d. h. die Entscheidung gehört vor den König, obschon der Thäter

zuweilen auch durch einen Waffenstillstand auf eine bestimmte Zeit oder durch einen Frieden auf immer beendigt. Das eine und andere konnte sowohl unter gemeinschaftlichen Freunden als vor Gericht geschehen. Doch gab nach Beaumanoir die Versicherung (asseurement) eine noch stärkere Gewährleistung, weil, wenn nach gegebener Versicherung, etwa ein Vasall einer Parthei der andern Schaden zufügte, nicht allein dieser letztere, sondern auch die Parthei selbst, welche die Versicherung gegeben hatte, zur Strafe gezogen ward, wogegen bei dem Bruch eines Waffenstillstands oder Friedens die Strafe nur den wirklichen Thäter traf. — Allein Alles dieses gewährte dennoch gegen die Verheerungen der Privat-Kriege nur schwache Hülfsmittel. Um diesen unerträglichen Mißbräuchen auf immer ein Ende zu machen, verbot Ludwig der H. i. J. 1257 *) die Privat-Kriege gänzlich. Diese Verordnung scheint indessen nicht

---

nicht auf frischer That (fet present) ertappt worden. Nämlich nur in diesem Fall konnte er sonst dem Richter seines Wohnorts entzogen werden. Boutillier liv. I. chap. 34. sagt, einige königl. Beamte seyen der Meinung, die Entscheidung über den Bruch des asseurement gehöre allezeit den Gerichten des Königs an, d. h. es sey ein sogenannter cas royal; allein es sey durch den großen Staats-Rath festgesetzt, daß die königl. Beamten nur das Preventions-Recht hätten.

*) Wir wollen diese in den Annalen der Menschheit wichtige Verordnung, so wie Du-Cange sie aus den Registern Olim des Parlaments gezogen, dem Leser wörtlich mittheilen. „Ludovicus etc. Universis Regni fidelibus in Aniciensi dioecesi et feodis Aniciensis eccles. constitutis Sal. Noveritis nos deliberato consilio guerras omnes inhibuisse in regno, et incendia, et carrucarum perturbationem. Unde vobis districte praecipiendo mendamus, ne contra dictam inhibitionem nostram guerras aliquas vel incendia faciatis, vel agricolas qui serviunt carrucis, seu aratris disturbetis: quod si secus facere praesumpseritis, damus seneschallo nostro in mandatis, ut fidelem et dilectum nostrum G. Aniciensem electum juvet fideliter et attente ad pacem in terra sua tenendam, et fractores pacis, prout culpa cujuscunque exigit, puniendos. Actum apud St. Germanum in Laya, A. D. 1257 Mense, Januar.

allenthalben und dabei nicht lange befolgt worden zu seyn, so daß Philip der Schöne i. J. 1311 sich genöthigt sah, das Verbot gegen die Privat-Kriege nochmals zu erneuern. In dieser Verordnung, deren vollständigen Text Du-Cange zuerst in der angeführten Abhandlung mitgetheilt hat, sagt der König: „Da in einigen Theilen des Königreichs die Unterthanen behaupten, sie haben das Recht Krieg zu führen; wobei sie sich auf den Gebrauch berufen, der aber eher ein Mißbrauch (corruptela) zu nennen ist, ... so verbieten wir alle diese Kriege, sowohl wegen früherer als gegenwärtiger und zukünftiger Veranlassungen, welches Gebot so lange bestehen wird, bis wir anders verfügt haben. *) . . . . . Wir wollen, daß diese unsere Verordnung durch euch, unsere Seneschalle und Amtmänner allen Baronen, Adelichen, so wie unsern übrigen Unterthanen in den Landvogteien, Amtmannschaften und deren Gerichtsbezirken bekannt gemacht werde, damit sie keine Unkenntniß derselben vorschützen können.“ Im Jahr 1314 gab derselbe Fürst eine neue Verordnung über diesen Gegenstand heraus. Er sagt darin: Da er schon wegen des Kriegs von Flandern und von der Gascogne allen, welches Standes sie seyn mögten, das Kriegführen, und eben so den gerichtlichen Zweikampf verboten habe, ... da das Volk von Flandern den Krieg erneuert habe, so verordne er wegen dieses Kriegs sowohl, als wegen anderer Ursachen, daß Niemand während der Dauer dieses Kriegs sich unterfange, selbst Krieg zu führen, und daß alle gerichtlichen Zweikämpfe aufgeschoben bleiben sollen, **) so lange es der König für gut finden würde. Bei allem dem sah derselbe sich ein Jahr später (i. J. 1315) genöthigt, den Zudringlichkeiten des Adels von Burgund und einiger andern Landestheile nachzugeben, und ihnen zu erlauben, sich auf die im Lande übliche Art zu bekriegen, wobei er versprach die Gebräuche, wie diese Kriege geführt würden, näher untersuchen zu lassen. Dieses geschah in einem Zeitpunkt,

*) „quam prohibitionem facimus quousque super his fuerit ordinatum.“

**) Auch diese Verordnung findet man vollständig bei Du-Cange.

wo der Adel sich unter dem Vorwand der Eingriffe, welche sich die königlichen Beamten in seine Rechte und Freiheiten erlaubten, empört hatten. So wie nun überhaupt das königliche Ansehen abwechselnd stieg und sank, so ward auch das Recht der Einzelnen sich zu bekriegen, bald beschränkt, bald ausgedehnt. Vorzüglich bei dem Ausbruch eines Kriegs, der sie selbst betraf, versäumten die Könige nicht, für die Dauer desselben allen ihren Unterthanen und Lehnspflichtigen die Privat-Kriege zu verbieten, damit sie dadurch nicht abgehalten würden, ihre Pflicht gegen den Landesfürsten zu erfüllen. Der Befehl war zu gerecht, als daß irgend ein Vasall sich hätte weigern können, demselben Folge zu leisten. Fiel der Krieg glücklich aus, so vermehrte dieses meistens wie das Gebiet, so auch das Ansehen und die Macht des Königs über seine Vasallen, welche endlich durch Einführung der stehenden Heere (unter Carl dem Siebenten, reg. v. J. 1422—1461) völlig befestigt ward. Doch schon früher waren die Privat-Kriege durch königl. Verordnungen durchaus verboten. Die Register des Parlaments enthalten eine Verordnung des Königs Johann vom 5ten Oktober 1361, welche Du-Cange gelesen, (Reg. Olim fol. 67.), wodurch die Privat-Kriege zwischen Adelichen sowohl als Unadelichen, sowohl zu Friedens- als Kriegszeiten durchaus untersagt wurden. Auch Carl der Fünfte erließ den 17ten September 1367 eine Verordnung ganz in demselben Sinn. Allein es scheint sehr schwer gehalten zu haben, den Adel dahin zu bringen, daß er sich diesen Verordnungen unterwarf. Wenigstens ließ Ludwig der Eilfte noch den 10ten Dezember 1451, als er Dauphin von Viennois war, durch einen offenen Brief, der in der Oberrechenkammer von Grenoble einregistrirt ward, den Artikel der Freiheiten des Adels der Dauphiné abschaffen, „quo cavetur effectualiter, quod Nobiles hujus patriae, unus contra alium possunt impune sibi guerram induere, et facere propria auctoritate, donec eisdem ex parte justitiae fuerit inhibitum.“ Wie man übrigens verfuhr um die Adelichen in diesem Punkt zur Beobachtung der königlichen Verordnungen zu zwingen, wird man am besten aus folgendem Aktenstück erkennen, welches sich in dem Archiv der Oberrechenkammer von Paris befindet.

Ordonnance de Charles V.

sur les guerres privées;

(don. à Paris le 18. jour de May, l'an 1380.)

Audoin Chauveron Docteur és loix, Bailly d'Amiens à nostre ami Pierre le Sene receveur de la dite Baillie, Salut. Nous avons receu les lettres du Roy nostre Sire, desquelles la teneur ensuit. Charles par la grace de Dieu Roy de France aux Baillis de Vermandois et d'Amiens, et à tous nos autres justiciers, ou à leurs Lieutenans, Salut. Comme par nos ordonnances Royaux toutes guerres et voyes de faict soient deffenduës entre nos sujets et en nostre Royaume, pour ce que aucuns ne puissent, ne doivent faire guerre durans nos guerres, et nous ayons entendu que Charles de Longueval escuyer Sire de Maigremont, de sa volonté a deffié, et fait deffier nostre amé et féal *) Chevalier Guillaume Chastellain de Beauvais et Grand-Queu **) de France, et s'efforce ou veut efforcier par lui, et ses adherans, de faire, ou vouloir faire grieve audit Chastellain, et à ses amis, contre nos ordonances, et attemptant contre icelles, et pour occasion de ce ledit Chastellain voulant resister contre ledit Charles s'efforce de faire armées et assemblées de ses amis, et par ce lesdites parties delessent à nous servir en nos guerres, dont

*) (amé et féal) lieber getreuer.

**) Queu Koch (cuisinier), also Grand-Queu Ober-Küchenmeister, eine Hofstelle.

il nous déplaist, s'il est ainsi. Pourquoy nous voulans pourvoir à ces choses, et pour obvier aux perils et inconveniens, qui pourroient ensievir, vous mandons et enjoignons étroitement, et à chascun de vous, si comme il appartiendra, en commettant se mestier est, que ausdites parties, et à chascune d'icelles, se trouvées peuvent estre, à leurs personnes, vous deffendez et faites faire inhibition et deffense de par nous, sur canques il se peuvent mesfaire envers nous, que il ne procedent en voye de guerre, ne de faict les uns contre les autres, mais s'en cessent et desistent du tout, en les contraignant à ce par prinse de corps et de biens, et autrement, si comme il appartiendra. Et ou (au) cas que eux ou l'un deux ne pourroient estre trouvez, faites ladite deffense semblablement à leurs amis, adherens, aliez et complices, et à ce contraignez, et faites contraindre riguereusement, et sans deport, les rebelles et autres qui feroient ou persévereroient au contraire par prinse (prise) et detention de corps et de biens, en mettant et multipliant et faisant mettre et multiplier Mangeurs et degasteurs *) en leurs hosteux (hôtels) et sur leurs biens et en faisant descouvrir leurs maisons, se mestier est par toutes autres voyes et remedes que faire se pourra et devra par raison jusques à ce qu'il aient cessé ou fait cesser ladite guerre, ou qu'il aient donné ou fait donner bon et seur estat, ensemble et en ces choses procedez, et faites proceder par main armée se mestier est, car ainsi le voulons nous estre fait, non obstant mandemens et impetrations sur ce faites subrepticement au contraire. Donné à Paris le 18. jour de May l'an de grace mil trois cents quatre-vingts, et de nostre regne le dix-septième, ainsi signé par le Roy, à la relation du Conseil. . . . . .

*) Degaster und gaster soviel als devaster von dem im Mittelalter üblichen latein. Ausdruck deguastare, der aus devastare entstanden ist. Doch bedeutet gaster im alten Französ. auch depenser, consommer, so daß gasteur Einer, der verzehrt, wild wirthschaftet, bezeichnet. Wirklich scheinen einige Handschriften „mangeurs et gasteurs" zu haben.

Et comme nous eussions esté maintefois par ledit mandement de contraindre Charles de Longueval Escuier Seigneur de Maigremont, et aussi Messire Guillaume Chastellain de Beauvais Grand-Queu de la France et leurs amis et complices pour oster la guerre et voye de faict, qui entre icelles parties estoit mené, comme et par le maniere que ou (au) dit mandement est contenu pour l'enterinement duquel mandement a pour lesdites parties contraindre par le maniere dite pour ce que de fait il faisoient l'un contre l'autre grans assemblées et chevauchées, nous envoyasmes plusieurs Sergeans du Roy nostre Sire atout *) ledit mandement par devers lesdites parties pour à iceux exposer le contenu icely, et les contraindre par toutes voyes raisonnables, lesquelles lettres furent monstrées à noble homme le Seigneur de Longueval, et à plusieurs autres du costé (coté) dudit Charles, et ledit Charles n'a ouases prés, et à iceux fait les commandemens et defenses, selonc la teneur dudit mandement, ausquels commandemens il ne vaulient (vouloient) aucunement obeïr; mais toudis en perseverant s'efforçoient et s'efforceirent de maintenir ladite guerre, et de faire plusieurs grans chevauchées tant l'une partie comme l'autre. Et pour ce que par ledit mandement nous estoit mandé seur ce estre pourveu, tant par main armée comme autrement et que icelles parties perseveroient en guerre de mal en pis comme dit est, nous et vingt-quatre hommes d'armes en nostre compagnie la û estoient le Prevost de Vimeu, le Prevost de Fouilloy, et autres le 24 jour de May dernier passé, nous transportasmes en plusieurs des chasteaux et forteresses appartenans, tant audit Seigneur de Longueval, comme au Seigneur de Betisy, et à plusieurs autres hors des metes dudit bailliage, et ou (au) bailliage de Vermandois, la û estoient lesdis Chevaliers, et pour iceux contraindre, les fismes prisonniers du Roy nostre Sire, aveuc Mess. Seigremor de Longueval,

*) a tout bedeutete chemals so viel als avec. Noch bei Montaigne kommt es in dieser Bedeutung vor.

Mons. Danel, le Seigneur de Naves; Mess. Brouet de Candoure, Mess. Floridas de Basicourt, le Seig. d'Auviller, Mess. Hue de Sapegnies, le Seig. de Rivry, le Seig. de Bousincourt, le Seig. de Glisy, Mess. Fremin de Maucreux, dit Florimont, Chevaliers, Jean Buridan, Terefu Maquerel, Aubert d'Avelius, Lionnel de Bouzincourt, Jean Seig. de Puceuiller, Robert de Beaumont, le Bastart de Betisy, et Simon de Maucreux Escuiers, cousins et amis dudit Charles, en prenant et mettant en la main du Roy nostre Sire tous leursdits chasteaux et possessions, jusques au secont jour de Juillet, que les dessudis se rendront prisonniers dn Roy nostre Sire, ains et que ladit guerre il aroient (auroient) mis au nient (néant), et fait amende pour les pors d'armes par aus (leux) fait. Et ce fait nous transportames a Mourcourt ou Chastel dudit lieu, pour trouver ledit Chastellain de Beauvais, lequel s'estoit absenté ou au mains (au moins) ne le peusmes trouver: et pour ce en la presence de Madame sa femme, et de plusieurs autres des gens dudit Chastellain, fismes les commandemens et deffenses par le maniere que oudit mandement est contenu, et pour plus icelly Chastellain venir à obeïssance, nous fismes prendre en le main du Roy nostre Sire ledit Chastel de Mourcourt, et icely fismes garder par les gens du Roy nostre Sire, aveuc toutes les autres possessions à icely appartenans, et si demeurent ret encore seront tous les dessus nommez en Procez contre le Procureur du Roy, adfin qu'il feissent et deussent faire amende au Roy nostre Sire pour les causes dites. En lequelle execution, nous et lesdits vingt-quatre hommes d'armes aveuc nous, entendismes et besognasmes, tant en allant que en venant, comme en besongnes, quatre jours. Si vous mandons que des deniers de votre recepte (recette) vous nous bailliez et delivriez pour chascun jour huit sols à chascun pour ses despens, qui vallent dix livres pour jour, pour payer et deffraier lesdites gens d'armes, qui comme dit est ont esté en ladite besogne en nostre Compagnie, et icelle somme qui monte pour les quatre jours à quarante livres parisis nous vous ferons

deduire et aloüer en vos comptes par cely, ou ceux a qui il appartiendra. Donné à Amiens sous le seel de ladite Baillie le 28. jour de May l'an 1380. — Aus dem Schluß geht noch beiläufig hervor, daß der Amtmann für seine Reisekosten nicht mehr als jeder der gens d'armes oder 8 sols erhielt. Nämlich 8 mal 24 macht nur 192 sols, wozu also noch 8 für den Amtmann hinzugefügt werden müssen, um die Summe von 10 Livres für den Tag herauszubringen.